

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 08. Oktober 2015 , 20.00 Uhr, im Kursaal des Haus des Gastes (Bürgerhaus) Lindenfels Kernstadt, Burgstraße 36.

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher Rudi Schmidt, LWG/CDU
Stadtverordneter Jürgen Höbel, LWG/CDU
Stadtverordneter Thomas Höbel, LWG/CDU
Stadtverordneter Alfons Moritz, LWG/CDU
Stadtverordneter Rangold Richter, LWG/CDU
Stadtverordneter Norbert Risch, LWG/CDU
Stadtverordneter Ulrich Rossmann, LWG/CDU
Stadtverordnete Barbara Roth, LWG/CDU
Stadtverordneter Alexander Strohmenger, LWG/CDU
Stadtverordnete Ingrid Bauer, SPD
Stadtverordneter Thomas Bauer, SPD
Stadtverordneter Kurt Dersch, SPD
Stadtverordneter Dirk Dins, SPD
Stadtverordnete Beate Gammelín
Stadtverordneter Heiko Grieser, SPD
Stadtverordneter Maximilian Klöss, SPD
Stadtverordneter Stefan Ringer, SPD
Stadtverordneter Heiko Schmidt, SPD
Stadtverordneter Harald Stanka, SPD
Stadtverordneter Ingo Thaidigsmann, SPD
Stadtverordneter Jürgen Erhardt, Bündnis 90/Die Grünen;
Stadtverordnete Marine Herve`, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Martin Krey, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Jochen Ruoff, Bündnis 90/Die Grünen ab während
TOP 6)
Stadtverordnete Alexandra Sefrin, Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordneter Dieter Adolph, FDP

Entschuldigt:

Stadtverordneter Peter Bitsch, LWG/CDU
Stadtverordneter Georg Bumann, LWG/CDU
Stadtverordneter Peter Riebel, LWG/CDU
Stadtverordneter Ferdinand Wojacek, LWG/CDU
Stadtverordnete Ursula Arnold, SPD
Stadtverordnete Beate Gammelín, SPD

Vom Magistrat:

Bürgermeister Michael Helbig
Stadtrat Gerhard Scheerer, SPD
Stadtrat Dr. Siegfried Schwarzmüller, Bündnis 90/ Die Grünen
Stadtrat Heiner Wider, LWG/CDU

Entschuldigt:

1.Stadtrat Otto Schneider, SPD

Stadtrat Werner Hunkeler, SPD
Stadtrat Reinhard Bitsch, LWG/CDU

Verwaltung: Markus Loser

Schriftführerin: Ingrid Ripper

Zuhörer : 7 Zuhörer

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt er fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig versammelt ist, und dass damit die zu fassenden Beschlüsse rechtsgültig zustande kommen. Er fragt, ob es Einwände gegen die Tagesordnung gibt und ob Interessenwiderstreit besteht. Es werden keine Einwände geltend gemacht.

Er bittet um Aufnahme der von der Verwaltung vorgelegten Resolution zum Erhalt des Luisenkrankenhauses als TOP.

Abstimmung: 24 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

Der neue TOP wird unter Nr. 3 behandelt. Die bestehenden TOPs ändern sich in der Rangfolge entsprechend.

Die Abstimmung den TOP neu 12) Grundstücksangelegenheiten in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln ergibt 24 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

Teil I

1. Magistratsbericht

Bürgermeister Helbig teilt mit:

- Das Land Hessen wolle in Kürze ein Kommunales Investitionsprogramm auflegen. Vorschlag der Verwaltung sei im Rahmen dieses Programmes:

- ein barrierefreies Bürgerbüro im Kurmittelhaus zu errichten sowie
- mit der Sanierung des Bürgerhauses auf der Grundlage eines energetischen Gutachtens der Energieagentur Bergstraße aus 2014 mit dem Foyer und den Fenstern zu beginnen.

- Der Jahresabschluss 2012 ist fertiggestellt und vom Revisionsamt geprüft. Er wird voraussichtlich der Stadtverordnetenversammlung im Dez. d.J. zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Jahresabschluss 2013 befindet sich in Arbeit.

- Die Abfrage des Hess. Finanzministeriums sieht für 2014 derzeit einen Überschuss

im ordentlichen Ergebnis für den Jahresabschluss 2014 vor.

- Das Kunst- und Filmprojekt Matchbox sowie das Open Air Kino der Sparkasse Starkenburg waren ein gelungener Beitrag im kulturellen Angebot der Stadt.
- Die Schwimmbadsaison nahm wetterbedingt einen guten Verlauf. Die Einnahmen erreichten Rekordniveau.
- Die Trinkwasserversorgung in Schlierbach war durch Wasserverlust bis zur Ortung des Defektes über Wochen eingeschränkt. Mit einer Hilfsleitung aus Seidenbuch musste Wasser zugeführt werden. Die Behebung der Schadensursache mit Austausch von Schiebern und Schieberkreuzen beläuft sich auf rd. 48.000 €.
- Der Hess. Diakonieverein hat die Stadt Lindenfels zum abgeschlossenen Nutzungsvertrag verklagt.
- Lindenfels wurden bisher 45 Asylbewerber zugewiesen, die in der Kernstadt und einem Stadtteil in privaten Unterkünften unterkommen konnten. Am 12.10.2015 wird das Thema Unterbringung von Asylbewerbern in einer Bürgermeisterdienstversammlung erörtert.
- Eine frei gewordene Stelle im Baubetriebshof konnte wieder besetzt werden.
- Mit der Einführung von Modulen in den Kitas musste auf der Grundlage des Kifög im Stellenplan der Kita Baur de Betaz eine Stelle mit 0,8 Stellenanteil zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.
- Ortsbeirat und Ortsbürger haben in Kolmbach die Aussegnungshalle instand gesetzt. Den ehrenamtlich Engagierten ergeht ein herzlicher Dank im Namen der Stadt.

2. Anfragen und Mitteilungen

Keine

Teil II

3. Resolution zum Erhalt des Luisenkrankenhauses

Stadtverordnetenversammlung fordert Lösungen für die Zukunft !

Für die Menschen in Lindenfels und in der Region ist das Krankenhaus in Lindenfels ein unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Versorgung. Gleichzeitig bedeutet es ein Stück Lebensqualität und Sicherheit im Notfall.

Die neuerliche Entwicklung ist mit Sorge zu betrachten. In der gegenwärtigen Situation werden Beschäftigte, Patienten und die Bevölkerung in Lindenfels und der Region verunsichert.

Das Lindenfelser Krankenhaus ist elementarer Bestandteil auch der wirtschaftlichen Infrastruktur unserer Stadt.

Schon allein der Notarztstandort ist zwingend notwendig, um bei Notfällen für die 50.000 Menschen dieser Region gewappnet zu sein.

Hierfür muss alles getan werden !

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lindenfels fordert deshalb alle relevanten Akteure und Gruppen auf, sich für den Erhalt und ggfs. Ausbau des Luisenkrankenhauses einzusetzen.

Die Politik muss die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der ländliche Raum nicht von der medizinischen Versorgung abgehängt wird. Die nötigen Mittel sind von Bund und Land bereit zu stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet die Einwohnerschaft um rege Teilnahme an den nun beginnenden Demonstrationen jeweils montags um 17.00 Uhr, beginnend am 12.10.2015.

Abstimmung: 24 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

4. Beratung und Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2011 mit Schlussbericht und Entlastung des Magistrates

Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion beantragt, den Jahresabschluss 2011 festzustellen und dem Magistrat mit Ausnahme der Aufnahme des Kassenkredits in Schweizer Franken Entlastung zu erteilen.

Abstimmung: 10 dafür, 14 dagegen, 0 Enthaltung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Jahresabschluss 2011 fest und erteilt dem Magistrat Entlastung.

Abstimmung: 14 dafür, 0 dagegen, 10 Enthaltungen

5. a) Schutzschirmbericht b) Controllingbericht für das 1. Halbjahr 2015

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die in Textform vorliegenden Berichte zu a) und b) zur Kenntnis.

6. Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016

Der Haushaltsplanentwurf wird den Stadtverordneten vorgelegt. Bürgermeister Helbig stellt in seiner Haushaltsrede den Haushaltsplan in seinen wesentlichen Zügen dar.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016 an den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: 25 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

7. Neufassung der Hundesteuersatzung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der vorliegenden Form.

Abstimmung: 21 dafür, 0 dagegen, 4 Enthaltungen

- 8. a) Änderung des Flächennutzungsplanes Baugebiet „Klausfeld“ der Stadt Lindenfels und Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB**
b) Entwurf des Bebauungsplanes „Klausfeld“ und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauG

Beschluss:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der betroffenen Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB für die Flurstücke Flur 2 Nr. 15/2, 16/1 und 18 (für den Bereich Bebauungsplan „Klausfeld“) im Stadtteil Kolmbach zur Änderung einer Fläche für Landwirtschaft in eine „Gemischte Baufläche“.

Abstimmung: 25 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

- b) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beiliegenden Bebauungsplan mit der Bezeichnung „Klausfeld“ gemäß § 2 Abs. 2 BauGB als Entwurf sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der betroffenen Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB .
Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Parzellen Flur 2, Nr. 15/2, 16/1 und 18 der Gemarkung Kolmbach. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt parallel zur Änderung des Flächennutzungsplanes.

Abstimmung:

25 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

9. Forsteinrichtungswerk

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem von Hessen-Forst Forstamt Lampertheim für den Wald der Stadt Lindenfels erarbeiteten Forsteinrichtungswerk für den Zeitraum von 2014 – 2024 zu.

Abstimmung:

24 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung

10. Waldwirtschaftsplan 2016

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Waldwirtschaftsplan 2016 in der vorgelegten Form (Stand: 01.09.2015).

Abstimmung:

24 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung

11. Interkommunales Gewerbegebiet Weschnitztal hier: Grundsatzentscheidung über die Teilnahme

Während der Beratung stellt Stadtverordneter Ringer für die SPD-Fraktion den Antrag, den TOP zu vertagen:

Abstimmung:

11 dafür, 13 dagegen, 1 Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Beschlussvorschlag der Verwaltung:

„Dieser Beschluss gilt unter der Voraussetzung, dass die Gemeinden Rimbach, Fürth und Mörlenbach sich ebenfalls an dem Prozess beteiligen.“

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lindenfels beschließt:

- sich an der weiteren Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes Weschnitztal zu beteiligen.
- das Büro Schweiger & Scholz, Ingenieurpartnerschaft aus Bensheim mit der Prüfung und Beplanung des Standortes Mörlenbach – Rimbach (Zotzenbach) zu beauftragen (Auftrag erfolgt durch federführende Gemeinde). Die hierfür entstehenden Kosten werden von den sich tatsächlich beteiligenden Kommunen anteilig nach dem Einwohner Schlüssel übernommen,
- die Gründung eines Zweckverbandes bzw. die Konkretisierung der Organisationsform

vorzubereiten,

- mögliche zur Konkretisierung der Organisationsform entstehende Kosten für erforderliche rechtliche, steuerrechtliche o. ä. Prüfungen entsprechend der Aufteilung der Planungskosten anteilig nach dem Einwohnerschlüssel zu übernehmen.

Dieser Beschluss gilt unter der Voraussetzung, dass sich die Gemeinden Rimbach, Mörlenbach und Fürth ebenfalls an diesem Prozess beteiligen.

Abstimmung: 14 dafür, 11 dagegen, 0 Enthaltung

Teil III - Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung: 22.14 Uhr.

Schmidt
Stadtverordnetenvorsteher

Ripper
Schriftführerin